

**Kantonsrat**

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24  
 4509 Solothurn  
 Telefon 032 627 20 79  
 Telefax 032 627 22 69  
 pd@sk.so.ch  
 www.parlament.so.ch

I 193/2012 (VWD)

**Interpellation Manfred Küng (SVP, Kriegstetten): Plafonierung von Pflichtleistungen (05.12.2012)**

Die Einwohnergemeinden im Kanton Solothurn verlieren zunehmend ihre Gemeindeautonomie in Finanzfragen, weil der Kanton für bestimmte kommunale Aufgaben immer mehr kostentreibende Auflagen macht. Namentlich bei der Bildung und bei der sozialen Wohlfahrt haben die Gemeinden praktisch keinen Handlungsspielraum mehr. So zeigt sich zum Beispiel für die drei Gemeinden Halten, Oekingen und Kriegstetten folgendes Bild (Basis Kennzahlen 2011; Quelle Gemeindepräsidenten Gerber und Siegenthaler):

	H	O	K
Steuer %	125%	124%	105%
Steuereinnahmen pro Kopf in CHF	2'873	2'400	2'865
Schule pro Kopf der pro Kopf-Einnahmen	45%	55%	54%
Soziale Wohlfahrt	24%	28%	24%

Die Entwicklung ist fatal. Für die Gemeinden lohnt es sich gar nicht mehr, haushälterisch mit den Mitteln umzugehen. Wird gespart, folgt als Strafe eine höhere Abgabe in den Finanzausgleich. Solchen Tendenzen ist Einhalt zu gebieten und den Gemeinden muss wieder eine echte Gemeindeautonomie in Finanzfragen zukommen. Eine mögliche Massnahme besteht darin, für bestimmte kommunale Aufgaben, bei denen die Gemeinden mehrheitlich dem Diktat des Kantons unterstehen, eine Plafonierung der Ausgaben festzuschreiben, worauf der Kanton die Mehrkosten zu tragen hätte. So könnten gerechnet auf einen Steuerfuss von 100%, die Ausgaben in Prozent der Einnahmen pro Kopf auf 40% bei der Bildung und auf 20% bei der sozialen Wohlfahrt begrenzt werden. Dadurch bleiben der Gemeinde für die Ausgabenplanung 40% plus die Steuereinnahmen des 100% übersteigenden Steuerfusses.

Der Regierungsrat wird höflich ersucht, in diesem Zusammenhang folgende Fragen zu beantworten:

1. Hat der Regierungsrat ebenfalls festgestellt, dass in den letzten Jahren die Kosten für Bildung und soziale Wohlfahrt bei den Gemeinden überproportional gewachsen sind?
2. Welche Erlasse müssten bei einer solchen Ausgabenplafonierung angepasst werden?
3. Ist der Regierungsrat bereit, eine Plafonierung bestimmter Ausgaben zu unterstützen, damit sich die Gemeindeautonomie in Finanzfragen wieder herstellen lässt?

*Begründung (05.12.2012):* Im Vorstosstext enthalten.

*Unterschriften:* 1. Manfred Küng. (1)